GESAGT

„Jedes Gramm CO_2-Einsparung in Europa in der Flotte kostet uns fast 100 Millionen Euro."

Martin Winterkorn, VW-Chef, über die Belastung durch die zunehmend strikteren EU-Abgasvorgaben.

Wirtschaft

„Uber bringt den Taximarkt in Bewegung"

Das Samstags-Interview mit **Andreas Mundt (55)**, dem Präsidenten des Bundeskartellamtes.

FOTO: IMAGO

Herr Mundt, wenn Sie einkaufen gehen, woran denken Sie dann: an böse Kartelle oder an schöne Waren?

MUNDT Ich gebe zu, die Arbeit lässt einen oft nicht ganz los. Als wir uns mit der Milchbranche beschäftigten, habe ich die Milchpreise viel genauer registriert, während der soeben abgeschlossenen Sektoruntersuchung zum Lebensmitteleinzelhandel habe ich mir so manches Regal im Supermarkt unter einem anderen Blickwinkel angesehen.

Bei den Benzinpreisen haben Sie die Transparenzstelle eingeführt, der ADAC meint aber, es sei nicht bewiesen, ob sie die Spritpreise senkt.

MUNDT Wir haben eine ganz neue Transparenz für die Verbraucher in den Markt gebracht. Das ist ein Erfolg. Nun kommt es auf die Nutzer an. Sie können jederzeit überall auf dem Smartphone oder im Internet nachschauen, wo sie am günstigsten tanken können. Das wussten bisher nur die Tankstellenkonzerne selbst. Und da laut Umfragen bis zu 40 Prozent der Autofahrer Benzinpreise abfragen, scheint das Angebot ja gut anzukommen.

Schauen Sie per App nach dem Spritpreis?

MUNDT (zeigt das Display auf seinem Smartphone) Klar – schauen Sie, bei dieser Tankstelle hier in der Nähe ist es nun am günstigsten. Für den Dienstwagen und privat versuche ich, Spritkosten zu begrenzen.

Was halten Sie vom Taxi-Wettbewerber Uber, der private Chauffeure per App vermittelt?

MUNDT Uber hat Bewegung in den Markt gebracht. Mehr Wettbewerb kann dem Taxigeschäft nicht schaden. Uber profitiert allerdings auch davon, dass es den strengen Regularien für das traditionelle Taxiwesen nicht ausgesetzt ist. Diese Schieflage ist kein Zukunftsmodell, das sind unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen.

Und nun?

MUNDT Der Impuls, der von Uber ausgeht, sollte genutzt werden, um eine liberalere Ausgestaltung der bisherigen Regulierung zu diskutieren und sich auf diesem Wege einander anzunähern.

Sollte man die Prüfung der Ortskenntnisse bei Taxifahrern abschaffen, weil es Navigationssysteme gibt?

MUNDT Navigationssysteme sind ein gutes Beispiel dafür, dass auch technische Weiterentwicklungen Deregulierungen nahelegen können. Gleichzeitig sollten natürlich schon eine Grundorientierung und gewisse Ortskenntnisse vorhanden sein. Sonst merkt der Fahrer auch nicht, wenn ihn das Navi auf Umwege über Autobahnen leitet.

Die Stromkonzerne fordern, für den Betrieb von Reservekraftwerken gesonderte Zahlungen zu erhalten, um den schwankenden Stromnachschub aus Wind- und Solarkraft auszugleichen. Was halten Sie von solchen Kapazitätsmärkten?

MUNDT Aktuell haben wir Überkapazitäten, also brauchen wir kein umfassendes Förderprogramm für alle Kraftwerke in Form eines Kapazitätsmarktes. Wenn die Unternehmen beklagen, dass viele konventionelle Kraftwerke im Moment keine ausreichenden Erlöse erzielen, ist das eine natürliche Folge dieser Überkapazitäten. Eine andere Frage ist, was geschieht, wenn 2022 die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen. Wir plädieren dafür, so wenig wie möglich in den Wettbewerb auf dem Strommarkt einzugreifen. Werden die Überkapazitäten abgebaut, kann es wieder zu steigenden Preisen und Investitionsanreizen kommen. Die Notwendigkeit eines Kapazitätsmarktes ist daher alles andere als ausgemacht.

Stromausfall droht doch nicht?

MUNDT Natürlich muss die Sicherheit der Stromversorgung im Zentrum stehen. Derzeit ist aber alles andere als klar, dass großflächige Stromausfälle drohen. Daher stellt sich die Frage, ob wir in Zukunft eine umfassende finanzielle Unterstützung konventioneller Kraftwerke brauchen. Jede einmal eingeführte Subvention ist extrem schwer wieder abzuschaffen. Außerdem gibt es eine europäische Komponente.

Was bedeutet das?

MUNDT Das Ziel eines Energie-Binnenmarktes wird durch die Einführung eines nationalen Kapazitätsmarktes ganz erheblich gestört. Also sollten wir mit dem Thema vorsichtig umgehen. Wenn die Versorgungssicherheit zusätzlich abgesichert werden muss, kann dies dadurch geschehen, dass die Übertragungsnetzbetreiber eine begrenzte Zahl von Reservekraftwerken unter Vertrag nehmen und bereithalten.

Die große Marktmacht von Google wird diskutiert. Sollte der Konzern zerschlagen werden?

MUNDT Das geltende Recht erlaubt keine Zerschlagung. Man muss auch berücksichtigen, dass es Innovationen mit sich bringt, wenn Google zusätzlich zur Suchmaschine eine Reihe anderer Dienste aufbaut. Auch eine zwangsweise Öffnung des Algorithmus von Google kann man sich nur sehr schwer vorstellen. Das ist die DNA des Unternehmens, die fast jeden Tag geändert wird, um vor externen Manipulationen geschützt zu sein. Es wäre also indirekt eine Art Enteignung, den Algorithmus zu veröffentlichen.

Also soll Google weiter schalten und walten können, wie sie wollen?

MUNDT Fragen des Wettbewerbsschutzes betreffen nur einen kleinen Teil der Debatte. Viel bedeutsamer sind Aspekte des Datenschutzes. Kartellrechtlich halten wir den Verfahrensansatz der EU-Kommission für richtig. Google muss dazu gebracht werden, bei den Suchergebnissen Angebote von Wettbewerbern fair zu berücksichtigen. Dass Wettbewerbsbehörden es mit so großen Internetfirmen aufnehmen können, sehen Sie am Verfahren der Kommission gegen Microsoft, das von der EU mit hohen Bußgeldern dazu gebracht wurde, andere Browser als den eigenen beim Microsoft-Betriebssystem für die Kunden wählbar zu machen. Auch wir führten erfolgreich ein Verfahren gegen Amazon, um eine Gleichschaltung von Preisen über Amazon Market Place zu verhindern.

ANDREAS GRUHN UND REINHARD KOWALEWSKY FÜHRTEN DAS GESPRÄCH. DIE LANGFASSUNG FINDEN SIE UNTER: WWW.RP-ONLINE.DE

ZUR PERSON

Mundt arbeitete für die FDP im Bundestag

Geboren 13. August 1960 in Bonn. Mundt ist verheiratet und hat drei Kinder.
Ausbildung Studium Rechtswissenschaft in Bonn und Lausanne.
Karriere Bundeswirtschaftsministerium (1991), Referent in der FDP-Bundestagsfraktion (1993), Eintritt ins Bundeskartellamt (2000), seit 2009 Präsident des Bundeskartellamtes.

ENERGIE

RWE verkauft seinen Firmenturm

ESSEN (anh) Der angeschlagene Energiekonzern RWE verkauft seine Konzernzentrale, ein 1997 bezogenes 127-Meter-Hochhaus in der Essener Innenstadt. Die Verträge mit dem Immobilienfonds American Realty Capital (ARC) seien unterzeichnet worden, teilte RWE mit. „RWE bekennt sich ausdrücklich zum Standort Essen und hat mit ARC eine langfristige Rückanmietung vereinbart", sagte RWE-Personalvorstand Uwe Tigges. Über den Kaufpreis, die Miete und die Dauer des Mietvertrags gab es keine Angaben. Es wird intern diskutiert, dass RWE seine Zentrale auf Dauer in einen Campus in Essen verlegt.

EINZELHANDEL

Kaufhof bereitet an der Spitze den Wechsel vor

KÖLN (dpa) Der Handelskonzern Kaufhof stellt die Weichen für einen Generationswechsel in der Führungsspitze. Der seit rund zwei Jahrzehnten amtierende Kaufhof-Chef Lovro Mandac (64) hat die Leitung des operativen Warenhausgeschäfts der Galeria Kaufhof GmbH an den bisherigen Chef der belgischen Kaufhof-Tochter Galeria Inno, Olivier Van den Bossche (38), abgegeben, wie der Kaufhof-Mutterkonzern Metro mitteilte. Mandac behält aber Schlüsselpositionen im Konzern. So übernimmt er zusätzlich zum Vorsitz der Geschäftsführung der Galeria Holding GmbH auch den Aufsichtsratsvorsitz bei der Galeria Kaufhof GmbH.

Anzeige

RP Wellness- & Gesundheitstag
Sonntag, 12.10.2014 • 11 – 17 Uhr
Schadow Arkaden Düsseldorf

Wir sind dabei
Das Deutsche Diabetes-Zentrum (DDZ) möchte mit seiner Forschung die Mechanismen zur Entstehung des Diabetes und seinen Folgeerkrankungen aufklären und neue Konzepte zur Behandlung entwickeln. So hat die Deutsche Diabetes-Studie das Ziel, Komplikationen des Diabetes frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden und die PLIS-Studie eine individuelle Prävention für Menschen mit erhöhtem Diabetes-Risiko zu entwickeln. Interessierte sind zu einer Studienteilnahme herzlich eingeladen!

Prof. Dr. med. Karsten Müssig
Stv. Direktor der Klinik für Endokrinologie und Diabetologie, Universitätsklinikum Düsseldorf
Arbeitsgruppenleiter, Institut für Klinische Diabetologie, Deutsches Diabetes-Zentrum (DDZ)

DDZ
Dt. Diabetes-Zentrum (DDZ)
Auf'm Hennekamp 65
40225 Düsseldorf
www.ddz.uni-duesseldorf.de

Lokführer-Streiks sind schon ab Montag möglich

FRANKFURT (dpa) Bei der Deutschen Bahn wird es schon in der nächsten Woche neue Streiks geben. Die Lokführer haben in einer Urabstimmung deutlich für weitere Arbeitskämpfe gestimmt. Bis einschließlich Sonntag ist aber noch kein Streik zu erwarten, sagte Claus Weselsky, Chef der Lokführer-Gewerkschaft GDL. Die Gewerkschaft will zunächst das Bahn-Angebot prüfen und sich dazu am Montag äußern. Nach einer ersten Durchsicht sei er aber skeptisch, sagte Weselsky. „Wir werden nicht sofort mit mehrtägigen Streiks losschlagen. Wir werden uns Stück für Stück steigern." Die Fahrgäste würden genug Zeit haben, sich Alternativen zu suchen.

91 Prozent der Lokführer stimmten für weitere Streiks. FOTO: DPA

Bei der Urabstimmung hatten 91 Prozent der Teilnehmer weitere Arbeitskämpfe gebilligt. 75 Prozent waren nötig. Die Bahn reagierte mit Unverständnis. In der Tarifrunde habe es vier Angebote gegeben, sagte Personalvorstand Ulrich Weber. Die GDL müsse erklären, warum sie nicht an den Verhandlungstisch komme. Weselsky hatte die Verhandlungen vergangene Woche für gescheitert erklärt. Die Lokführer fordern fünf Prozent mehr Geld und eine zwei Stunden kürzere Wochenarbeitszeit. Die GDL verlangt das auch für 17 000 Zugbegleiter, Bordgastronomen, Lokrangierführer, Trainer und Disponenten. Sie rivalisiert dabei mit der größeren Eisenbahngewerkschaft EVG. Die Bahn drängt darauf, dass die beiden Gewerkschaften zumindest abgrenzen, für welche Berufsgruppen sie jeweils zuständig sind.

Seehofer zettelt neuen Streit über Stromtrassen an

BERLIN/DÜSSELDORF (brö/mar) Vor dem Treffen der Koalitionsspitzen zur Energiewende am Dienstag hat CSU-Chef Horst Seehofer für erheblichen Unmut in der Regierungskoalition gesorgt. Der bayerische Ministerpräsident stellte den für die Energiewende wichtigen und bereits von Bund und Ländern gebilligten Netzausbauplan wieder komplett infrage. „Wir sind im Moment an einer Wegscheide, wo wir wirklich nachdenken müssen über den nächsten Schritt der Energiewende", sagte Seehofer der „Süddeutschen Zeitung". Viele der im Netzausbauplan vorgesehenen neuen Stromleitungen seien nicht mehr notwendig. Seehofer will Bayern lieber mit neuen Gaskraftwerken versorgen, als große neue Stromtrassen von Nord- nach Süddeutschland zu bauen.

Damit rüttelt der CSU-Vorsitzende an einem Grundpfeiler der Energiewende: Der Bau von drei großen Stromtrassen von Nord nach Süd ist elementarer Bestandteil der Energiepolitik nach dem kompletten Atomausstieg im Jahr 2022, um den Windstrom von Nord- und Ostsee sowie aus Niedersachsen in die starken Wirtschaftszentren in Baden-Württemberg und Bayerns zu transportieren.

Seehofer will nun jedoch die zwei Trassen nach Bayern blockieren: eine 800 Kilometer lange Trasse von der Nordsee nach Grafenrheinfeld, die durch Nordrhein-Westfalen gehen wird, und die Leitung von Lauchstädt in Sachsen-Anhalt nach Augsburg. Über Letztere war die Bundesregierung mit Bayern bereits seit Monaten in Verhandlungen. Seehofer wähnte sich hier einer Einigung schon nahe.

NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) attackierte Seehofer scharf. „Herrn Seehofer muss jemand mal den Stecker ziehen. Eine deutsche Energiewende verträgt keine bayrischen Alleingänge", sagte Duin. Der Netzausbau sei die richtige Antwort für die Versorgungssicherheit im Land. „Es wird endlich Zeit, dass volkswirtschaftliche Vernunft die Energiewende gestaltet und nicht lokales oder ideologisches ‚Wünsch Dir was'."

Wir suchen zukunftsfeste Unternehmen aus NRW

DÜSSELDORF (RP) Der Strukturwandel in NRW ist in vollem Gange – und wir wollen mit dem Wettbewerb „NRW-Wirtschaft im Wandel" sehen, wie Unternehmen ihn bewältigen. Die Projektpartner Rheinische Post, die Initiative „Deutschland – Land der Ideen", das Institut der Deutschen Wirtschaft und die Deutsche Bank suchen Unternehmen, die den Strukturwandel mit der Entwicklung innovativer Technologien, der Digitalisierung von Produktionsprozessen oder dem Angebot komplexer Dienstleistungen vorantreiben und Vorbild für den Standort NRW sind. Unternehmen aus allen Branchen, die einen Transformationsprozess eingeleitet oder durchlaufen haben, können sich bis zum 24. Oktober 2014 im Internet bewerben. Die Adresse: **www.nrw-wirtschaft-im-wandel.de**

Die Wettbewerbsbeiträge werden anhand von vorab definierten, wissenschaftlich erarbeiteten Kriterien bewertet. Eine Jury unter Schirmherrschaft von NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin zeichnet am Ende 20 Preisträger aus, die in einer Serie in der Rheinischen Post als beispielhaft vorgestellt werden.